

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener

Generalanzeiger

Organ von Staats-, Stadt- u. Gemeindebehörden.

Mittagszeitung der Stadt Wiesbaden.



Im Wiesbaden und bei unseren
Verlags- und Druckstellen
monatlich 4.25 M., vierteljährlich 12.75 M., halbjährlich 24.00 M., jährlich 48.00 M.
Bei der Post beträgt der Preis 50 Pf. — Die Beiträge der „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ sind laut Verlagsbedingungen mit 500 Mark gegen üblichen Anschlag bei der Rheinischen Lebensversicherungsgesellschaft in Wiesbaden verbucht.

Einzelnenpreis: Die 54 mm breite
Zusatzseite oder deren Raum
im Normalmaß: Die 92 mm breite
Nachtrag bei Wiederholungen ohne Tagesrechnung und bei Sonderanfertigungen nach Tarif. — Bei geringerer Be-
rechnung der Anzeigengebühren durch Abgabe und bei Sonderanfertigungen nach Tarif.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Nikolaistraße 11, Darnum: 5015 und 5016.

Geöffnet: Wochentags von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Nummer 277

Montag, den 5. Dezember 1921.

36. Jahrgang

Die Schwierigkeiten des Moratoriums

Von durchaus maßgebender Seite wird unserem Berliner Vertreter mitgeteilt, daß die Schwierigkeiten, von der Entente ein Moratorium zu erhalten, nicht nur in den Bedingungen, die Deutschland zu übernehmen hätte, liegen, sondern vor allem in der Frage, in welcher Weise die Entente für die Einziehung der Zahlungen entschädigt werden soll. Frankreich hat bekanntlich schon für 2 Jahre die Reparationszahlungen Deutschlands in seinen Etat aufgenommen. Der Ausfall der deutschen Goldmilliarden würde Frankreich in die allergrößte Schwierigkeit bringen. So ist es begreiflich, daß in Frankreich größter Widerstand entgegensteht. Gerade auf diese Einwendungen von französischer Seite wird England Rücksicht nehmen müssen. Aber selbst, wenn es gelingen sollte und wenn England es durchsetzt, Deutschland das Moratorium zu gewähren, so müßte Deutschland sich verpflichten, für die Zeit, da der Zahlungsausfall erfolgt, die Reparationsraten zu vermindern. Man bedenke, welche eine Billionenlast Deutschland aufgebracht werden würde. Bei Zahlungen von 33 Goldmilliarden jährlich würden, wenn das Moratorium 2 Jahre dauern sollte, bei dem jetzigen Zinssatz die Zinsen fast wieder eine Milliarde Goldmark ausmachen. Solche Kosten kann Deutschland nicht übernehmen, und deshalb sind die Schwierigkeiten begreiflich, da man auch in England einseht, daß man von dem Gedanken, eine Verzinsung der aufgeschobenen Reparationszahlungen zu verlangen, absehen muß. So sehr man auch in England im übrigen geneigt ist, eine Herabminderung der deutschen Reparationszahlungen zu bewilligen, so denkt man jetzt noch nicht daran, sondern will zunächst die Frage des Moratoriums und der Anleihe klären.

Gegen das Moratorium.

Die Politik des „Temps“.

Paris, 5. Dez. Nach dem Hinweis darauf, daß Frankreich seine zerstörten Gebiete wieder aufbauen wolle, daß England seinen Außenhandel wieder herstellen wolle, und daß beide das die Zahlungen Deutschlands nötig hätten, schreibt der „Temps“:

Seit ungefähr zwei Monaten hat die deutsche Bevölkerung, erschreckt durch das Sinken der Mark, Waren aller Art zu jedem Preise gekauft. Auf diese Weise wurde nicht nur alles verfügbare aufgebraucht, sondern die Fabriken wurden auch mit Bestellungen überhäuft. Kurz, der ganze deutsche Innenmarkt ist mit Vorräten und Bestellungen überhäuft. Wenn nun die Mark, laut dem Moratorium, plötzlich steigt, und dieses Steigen einen dauernden Charakter erhält, so werden sich die Preise nach abwärts bewegen. Die Verkäufer von Warenlagern werden schmerzlich daran gehen, ihre Waren zu verkaufen, da sie deren Wert schnell sinken sehen und da sie keinen Kredit finden können. Die Bestellungen werden massenhaft rückgängig gemacht werden oder nicht bezahlt werden. Die Arbeitslosigkeit wird allmählich werden. Unruhen könnten entstehen. Ist das eine Wohltat für Deutschland? Das Blatt zieht die Schlussfolgerung: Das Moratorium ist das Gegenteil eines Heilmittels, und nicht das Moratorium soll im Mittelpunkt der Besprechungen stehen, sondern die Gesundung der deutschen Finanzen.

Dieser Sorge des „Temps“ um die Ruhe und das Wohl Deutschlands, die nach ihm mit dem tiefen Stande der Mark verbunden sind, möchten wir nur folgende Frage entgegenstellen: Wenn die Kaufkraft des deutschen Geldes durch eine rasche und einschneidende Maßnahme nicht erhöht wird, wenn Deutschland weiterhin die ausländischen Rohstoffe nicht kaufen kann und die Arbeitslosigkeit in Amerika und England dadurch weiterhin vergrößert wird — ist das eine Wohltat für die Welt, die ebenso auf uns, wie wir auf sie angewiesen ist?

Der unvermeidliche Poincaré.

Paris, 5. Dez. Im „Matin“ spricht sich heute vormittag Raymond Poincaré in einem Artikel, den er überschreibt: „Stunden des Wdhkühnens“, gegen die Bewilligung eines Moratoriums für Deutschland aus. Wenn die Alliierten auch nur im geringsten an dem Zahlungsplan von London hätten, wenn sie dem Reiche vorübergehend Erleichterung gewährten, so sei das nur zulässig, wenn sie zu gleicher Zeit Forderungen und Garantien annähmen.

Der Kanzler über die Lage.

Berlin, 5. Dez. In der Wandelhalle des Reichstages fand am gestrigen Sonntage ein Empfang des Vereins der Berliner Presse statt. Zugewesen waren Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Wirth, der preussische Ministerpräsident Braun, die Staatspräsidenten von Württemberg Dr. von Eberhard und von Baden Dr. Hummel sowie andere Minister des Reiches und der Staaten.

Reichskanzler Dr. Wirth

Wirth eine sehr bedeutungsvolle Rede über die innen- und außenpolitische Lage, die sowohl im Inlande als auch im Auslande außerordentliche Beachtung finden wird. Der Reichskanzler führte etwa aus:

„Die Aufgabe, die sich die Reichsregierung in der Hauptsache stellt, ist:

„Wie kommen wir über den Winter hinweg?“

Sie werden mir sagen, das kann doch wohl nicht die Politik sein, die wir uns gestellt haben, und gehört doch nicht zu der beständigen Politik auf lange Sicht! Und doch. Das Dilemma, das über den Winter erforderte vor allem die Mitarbeit aller Schichten unseres Volkes. Denn — fuhr der Reichskanzler fort — es geht, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu erhalten. Bedeutungsvoll sei, wie wir das durch alle Probleme, das Reparationsproblem, das heute die Sorge aller sei, lösen wollen.

Große Ereignisse können bald an uns heranrücken.

Dann sei es Aufgabe der deutschen Presse alle politischen Faktoren und insbesondere den politischen Parteien in unserem Vaterlande beizubringen, daß es keine Politik bedeute,

sich seitwärts in die Büsche schlagen zu wollen. Um diese Politik machen und insbesondere das größte aller Probleme, das Reparationsproblem zu lösen, müsse man in Deutschland einen politischen Willen umschließen. Das große Ziel der politischen Arbeit sei das letzte, was wir aus großer Vergangenheit gerettet, die Einheit des Vaterlandes und die Einheit seiner Wirtschaftsführung, hinüberzureiten in eine Atmosphäre, wo nicht mehr der Gedanken einer politischen Auswirkung des Sieges, des Hasses und der Rachebrunst maßgebend sei, sondern wo der politische Wille ein Ziel am Morgen zu setzen sei durch die aufgehende Sonne, wo die Menschen sich zur Beratung über die großen wirtschaftlichen Probleme und über die Kulturprobleme der Welt am Konferenztisch versammeln würden. Ein großes Volk von 60 Millionen könne man unmöglich aus der Gesamtwirtschaft herausheben. Man könne nicht ein solches Volk, das vor dem Kriege so tief wirtschaftlich und finanziell mit den anderen Nationen verbunden war, ausschalten und auspressen wie eine Zitrone auf Grund des Friedensvertrages. Er wisse nicht, wie die Gegner von gestern die Fortsetzung der Politik im neuen Jahre sich dächten. Wir wollten aufrichten und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung ökonomisch überhaupt durchführbar sei, in den nächsten Tagen verfolgen. Aber die Entscheidung, ob Geldgeber bereit seien,

in den großen Topf der Reparationen,

d. h. in den Topf ohne Boden, ihr Geld hineinzustechen, liegt nicht bei der deutschen Regierung, auch nicht allein bei der deutschen Industrie und der Volkswirtschaft, sondern bei den Geldgebern, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz hatten. Wir mühten daher in Geduld der Entwicklung der kommenden Woche entgegenzusehen. Ueber den Januar und Februar hinwegzukommen, sei aber noch nicht das einzige Entscheidende für uns, sondern daß überall, wo man die Wirtschaft zum Gegenstand des Nachdenkens mache, das Aussehen Europas mit seinen unzähligen Menschenmassen, das Niederbrechen des wirtschaftlichen Lebens in den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten und insbesondere die wachsende Kaufkraft der 60 Millionen Deutschen als eine Weltgefahr erkannt werde. Diese Erkenntnis und die Notwendigkeit, daraus politische Folgerungen zu ziehen, sei gerade jetzt auch im Auslande gewachsen.

Der Reichskanzler schloß, nachdem er noch auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte,

daß die Verhängnisse des Krieges Opfer bringen müßten, ohne die die Verabschiedung der neuen Steuergeetze eine Unmöglichkeit sein würde, mit einem Appell an die Presse, den großen Problemen der Wirtschaft, die die Volksernährung zur Voraussetzung hätten, die Spalten der Zeitungen zu öffnen.

Die Januarzahlungen.

Bekanntlich hat die Reparationskommission eine neue Note an die deutsche Regierung gesandt, die diese darauf hinweist, daß alles zu tun habe, um die Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar pünktlich leisten zu können. Wir unser Berliner Vertreter erklärt, lehnt die deutsche Regierung nicht lediglich auf die Hilfe der Industrie und auf einen eventuellen Kredit Englands ihre Hoffnung, sondern sie hat in verschiedenen neutralen Ländern, so in der Schweiz und in Holland, Beauftragte, die dort die Frage einer Anleihe Deutschlands behandeln. Auch mit amerikanischen Finanzkreisen stehen seit geraumer Zeit Verhandlungen wegen einer deutschen Anleihe. Die Regierung ist also bestrebt, die bis zum 15. Jan. und 15. Februar fälligen Reparationssummen aufzubringen.

Vor der Pariser Konferenz.

Paris, 5. Dez. Wie der „Matin“ heute meldet, steht es nunmehr fest, daß Lord Curzon im Laufe dieser Woche mit Briand und einem Vertreter der italienischen Regierung zusammentreffen wird, um über die Lage in Kleinasien zu verhandeln. Es sei noch unbekannt, ob sich an diese Diskussion eine Debatte über die allgemeine Politik, insbesondere über die Reparationsfrage, anschließen werde.

Bischof Rorum †.

Trier, 4. Dez. Heute Nachmittag gegen 2 Uhr ist infolge einer Verblutung Bischof Dr. Rorum verstorben. Dr. Rorum war der Senior der deutschen Bischöfe und stand im 81. Lebensjahr. Die Beisetzung wird Freitag, 9. Dezember, im hohen Dom zu Trier stattfinden.

Die neuen Beamtenforderungen.

Der Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes teilt mit:

Die von sämtlichen Spitzenorganisationen der Regierung unterbreitete neue Eingabe umfaßt folgende Forderungen:

1. Herabsetzung der Grundgehälter im Sinne der Verringerung der Abstände innerhalb, sowie zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen.

2. Herabsetzung der Höhe des Teuerungszuschlags unter Härterer Anpassung des Einkommens an die Teuerung, um damit der Rolle der unteren und mittleren Einkommensgruppen gerecht zu werden. Außerdem wird eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Diätäre, der Beamten im Vordereinsatzdienst und der im Vertriebsdienst stehenden Beamten und der Pensionäre gefordert.

Für die Arbeiter und die Angestellten wurden entsprechende Forderungen erhoben. Zur Durchführung der der Reichsregierung entsprechenden Erhöhung der Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände wird die Vereinfachung von Reichsmitteln für die Länder und Gemeinden verlangt. Die Neuverteilung soll mit Wirkung vom 1. Oktober erfolgen. Die rasche Auszahlung der Reichbeiträge nach der Veranschlagung wird für dringend erforderlich gehalten.

Die deutsche Presse wird plötzlich vor die beschriebene, mit allen möglichen Mitteln bisher verhinderte Katastrophe gestellt. — Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünftelste gestiegenen Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Abonnenten überwälzen können. Nun war der Bogen Druckpapier, der im Frieden 2000 Mark kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37 000 Mark gestiegen war. Plötzlich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die allgemeinen sprunghaften Verteuerungen und die enormen Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die gesamten Produktionskosten in riesigen Summen zusammen, zu denen auch eine Verdoppelung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stünde.

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungswesen aufrecht zu erhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen. Wir treiben aber offenbar in eine Krise hinein, in der die Aufrechterhaltung der Presse mehr als je auch die Aufrechterhaltung der Hoffnung, der Ordnung, des Staatswesens bedeuten wird. Nur Aufrichtigkeit und Unkenntnis kann das verkennen. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. Das muß verstanden und gewürdigt werden in dem Augenblick, wo es nun tatsächlich geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse!

Wir erwarten daher zuversichtlich, daß die unbedingt notwendigen außergewöhnlichen Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zuletzt deshalb getragen werden, weil nur so die wirtschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Presse und ihre Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen zu erhalten ist. Wir wollen, solange es irgend möglich ist, die deutschen Zeitungen vor dem Erliegen schützen. Und wenn es leider bei der stürmischen Entwicklung zum Schlimmen nicht gelingen wird, manche allein gebürtige und wertvolle Organe der öffentlichen Meinung vor dem Zusammenbruch zu retten, so darf uns doch Optimismus nicht dahin bringen, daß wir widerstandslos den Dingen ihren Lauf lassen. Die Presse, die — jede Zeitung in ihrer Richtung — mehr als je kämpft für das Wohl der Volksgemeinschaft in diesen Zeiten, bedarf auch in erhöhtem Maße der Einsicht ihrer Leser.

Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allseitig erkannt werden, solange es noch Zeit ist!

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger
(Herausgeber d. deutschen Tageszeitungen) E. B.

Am China.

England will Wei-Hai-Wei zurückgeben.

Washington, 5. Dez. (Havas.) Bei der Besprechung der Vorkonferenzen in China erklärte Balfour, daß Großbritannien bereit sei, Wei-Hai-Wei an China zurückzugeben und die Rechte, die es erworben habe, aufzugeben, wenn dieser Verzicht einen Teil eines Abkommens bilde, das bestimmt sei, die Souveränität Chinas zu bestätigen und das Prinzip der offenen Tür festzulegen. Die britische Politik wolle die Aufgabe von Wei-Hai-Wei dazu benutzen, um die Schantungfrage zu regeln, und wenn in dieser Frage eine Einigung zustande komme, werde die britische Regierung ohne Zögern eine allgemeine Regelung zustimmen.

Frankreich zur Rückgabe von Kwangtschu bereit.

Washington, 4. Dez. Havas: In dem Ausschuss für den Fernen Osten erklärte Viviani bei der Besprechung der chinesischen Vorkonferenzen, daß die französische Regierung bereit sei, sich einer Gesamtrestitution der chinesischen Gebiete, die durch Vorkonferenzen den verschiedenen Mächten überlassen wurden, anzuschließen. Da die Grundbedingungen angenommen sind, und die privaten Rechte sichergestellt sind, sollen die Einzelheiten der Rückgabe im Einvernehmen mit China und den daran interessierten Regierungen geregelt werden. Frankreich würde danach Kwangtschu zurückgeben. England und Japan brachten Einwendungen in Bezug auf die Städte vor, an denen sie Rechte besitzen. Die Verabreichung des Status quo scheint daher wahrscheinlich.

Die Flottenfrage.

Washington, 4. Dez. Nach einer Sitzung der britischen, der amerikanischen und der japanischen Vertreter wurde folgendes Communiqué veröffentlicht: Balfour, Baron Rato und Hughes haben sich gestern Nachmittag im Staatsdepartement getroffen und sich lange über die Vorschläge bezüglich der Flotten unterhalten. Nach Schluß der Besprechung sagte sich der japanische Delegierte unverzüglich mit Tokio in Verbindung. Man ist der Ansicht, daß die Verhandlungen in ein günstiges Stadium getreten sind.

Die Verkehrsreform.

Die Informationen unseres Berliner Vertreters über die Vorarbeiten des Verkehrsministeriums zur besseren Bewirtschaftung der Reichseisenbahnen finden durch Mitteilungen des Reichsverkehrsministeriums eine Bestätigung. Unser Berliner Vertreter erzählt hierzu nun weiter, daß die Richtlinien eines Eisenbahnfinanzgesetzes, das bei einer Umgestaltung des Eisenbahnbetriebes nach privatrechtlichen Grundsätzen notwendig ist, inzwischen fertiggestellt worden sind. Diese Richtlinien werden schon in den nächsten Tagen bekanntgegeben und zur Diskussion gestellt werden. Sie werden als Unterlage zum Entwurf des Eisenbahnfinanzgesetzes dienen.

**Das grosse
Spezialhaus
für
Damen-Konfektion**

Gegen das Reblausgesetz.

22. Deiz. 5. Dez. Gestern versammelten sich auf Einladung des Weinbauvereins und der Bauernschaft etwa 150 Winger aus Oelrich, Hallgarten und Mittelheim im Gasthaus „Zur Krone“, um zur Reblausfrage Stellung zu nehmen. Als Gast war Weinbauinspektor Schilling (Weissenheim) erschienen. Der Vorsitzende des Weinbauvereins, Herr Josef Eder (Oelrich), leitete die Versammlung und erstattete Bericht über den Mittelheimer Vertretertag des Rheingauer Weinbauvereins, der sich ebenfalls mit der Reblausfrage eingehend beschäftigte und zu dem Entschluß gekommen ist, daß der Weinbauverein die Reblausgefahr anerkennt und für eine Bekämpfung derselben eintritt. Die Bekämpfung soll allerdings in anderer Weise stattfinden als bisher; man will den befallenen Stöck im Umkreis von fünf Metern mit einem Mittel behandeln, ihn jedoch nicht vernichten; auch sollen in allen Orten Wingerkommissionen zur Bekämpfung ernannt werden. Diese Unterlagen sollen dem in der nächsten Woche in Heidelberg stattfindenden Kongreß der Vertreter aller deutschen Weinbaugemeinschaften vorgelegt werden, mit dem Ersuchen an die Regierung um Abänderung des Reblausgesetzes. Dieser Beschluß wurde jedoch von den anwesenden Wingern, die zum größten Teil zu den Geschädigten gehörten, mit Entrüstung aufgenommen. Man erklärte, daß die seitherige Bekämpfungsmittel den Wein in ihrer mit großer Mühe und Arbeit gesicherten Eigentums verurteilt habe. Im letzten Jahre hätte man durch die marktpräparierten angeblichen Bekämpfungsmittel Erfolge versprochen, das Ergebnis sei jedoch dies, daß die befallenen Gebiete in Oelrich, Hallgarten und Mittelheim der Verwüstung verfallen seien. Man forderte erneut Selbsthilfe. Anklagen gegen Regierung und Reblausgesetz wurden laut. Die Anwesenden sahen in einer Abänderung des Gesetzes keine Lösung der Frage. Seitens einer Anzahl Winger wurden an verlesenen Ständen Versuche mit in Jausche aufgelöstem künstlichem Dünger gemacht, die bedeutende Erfolge gezeigten, aber diese vertriefe sich auf die angewandten chemischen Mittel, an deren Wirkung man allseits nicht mehr glaube. So schwände das Vertrauen zur Regierung und Reblauskommission immer mehr.

Abkündigung des Reblausgesetzes wurde verlangt; man drängte auf Abkündigung. Weinbauinspektor Schilling versuchte an Hand von Erklärungen und dem Hinweis auf die Gefahren, die dem gesamten Weinbau durch Selbsthilfe erwachsen können, eine Abänderung des Gesetzes zu empfehlen. Er erläuterte Versuche auf amerikanischen Unterlagen, machte auf die Strafen aufmerksam, die der Verletzung der Reblauskommissionen aus den Weinbergen erwachsen können. Man sah jedoch nur in der Selbsthilfe den einzig richtigen Weg; man erklärte, man wolle sich nicht noch ein Jahr mit Bekämpfungsmitteln vertrieben lassen und noch größere Flächen der Verwüstung anheben. Die meisten bekämpften und verwüsteten Weinberge (in Oelrich etwa sieben Morgen) gehörten den kleinen Wingern. Schließlich drängte man zur Abstimmung für eine Resolution, die dem Heidelberger Kongreß zur Vorlage gelangen soll. Die Abstimmung ergab einstimmig Forderung der Abkündigung des Reblausgesetzes.

22. Deiz. 5. Dez. Glöcknerfeier. In feierlicher Weise, unter Beteiligung der Einwohner und der Vereine wurde gestern Mittag in der Pfarrkirche die Weihe der beiden neuen Glöckner durch Pfarrer Kiel vollzogen. Die eine Glöcke wiegt 44 Zentner und heißt „St. Georg“, ist in 1 gestimmt, die andere, „St. Martin“, in 2 gestimmt. Dazu kommen die beiden alten Glöckner „St. Anna“ in 3 und 4 und das in dem Dachreiter hängende Wehrglöckchen.

Frankfurt, 5. Dez. Der Zirkus Sarrafani wurde am 1. Dez. auf Anordnung des Polizeipräsidenten geschlossen. Grund hierzu war die Stellungnahme der hiesigen Vergnügungsbetriebe, die den Vorwurf erhoben, daß der Zirkus zu der Lustbarkeitssteuer nicht in der Weise herangezogen worden war, wie sie sie selbst leisten müßten. Wie heute bekannt wird, hielt der Frankfurter Polizeipräsident trotz des Verbots des Weiterfahrens des Zirkus Sarrafani im Monat Dezember aufrecht, obwohl er in einer am Samstag stattgefundenen Konferenz die im amtlichen Polizeibericht angegebenen Verbotsgründe als ungenügend zurückgewiesen wurde. Er gibt jetzt als Begründung seines Verbots lediglich an, daß der Zirkus das ortsanfällige Gewerbe schädige, daß dieses aber geschützt werden müsse. Der Polizeipräsident soll nach Mitteilungen des Direktors Sarrafani von dem Ausgang des Streites sogar sein Verbleiben im Amt abhängig gemacht haben. Die Reflektionsgesellschaft als mittlere Unternehmung und bezeichnet das Vorgehen des Polizeipräsidenten als „unbillig“. Der Präsident habe sich von den Inhabern der Frankfurter Vergnügungsbetriebe herumbringen lassen. Auch sämtliche Kritiken der Stadt warden sich gegen das Polizeipräsidium und rufen die Gewerkschaften und die Angestelltenverbände zur Mithilfe auf, wie es scheint, mit Erfolg. Die seit dem 1. Dez. brotlos gewordenen 600 Kritiken fallen der hiesigen Gewerkschaftenunterstützung zur Last.

Wiedentopf, 5. Dez. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete in ihrer gestrigen Sitzung den Etat für 1922. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1.863.680 M. ab und sieht an Steuerzuschüssen vor: Grundsteuer 500 Proz., Gebäudesteuer 300 Proz., Gewerbesteuer Klasse I 175, Klasse II 150, Klassen III und IV 100 Proz. Die Einnahme aus dem Einkommensteuergesetz betrug im vergangenen Jahre 1.070.061 M. Die neue Befoldungszulage beläuft den Etat um jährlich 114.000 M. Die Wassersteuer beträgt 1.40 M. je Kubikmeter, der Lichtpreis 2 M. je Kw. Das Kapitalvermögen der Stadt beträgt 179.813 M., Schulden sind nicht vorhanden.

Gericht.

Fa. Beuerliche Jäger. Am 2. Okt. um die Mittagszeit übten neun Jagdschützen auf der Gemeindegasse zu Trebur die Jagd aus, als ihnen mehrere algerische Schützen, die in Groß-Veran und Umgegend garnisonierend, wildernd entgegenkamen und einer derselben einen Haken trug. Da in der Jagd viel gewildert wird und der Wildbestand stark gelichtet ist, hielten vier von der Jagdschützen, nämlich der Bürgermeister Friedrich Dörz, dessen Sohn Friedrich Dörz und die Landwirte Johann Eulen und Daniel Ehler, sämtlich aus Trebur, die Soldaten und verlangten ihre Pässe beizugeben. Hierbei soll es zu Tätlichkeiten gekommen sein. Einer der Soldaten soll einen Kolbenstoß auf den Arm erhalten haben, außerdem sollen drei Schüsse gefallen sein. Vor dem Kriegsgericht bestritten die vier Treburger Angeklagten jegliche Täterschaft gegen die Soldaten.

Zulen gab zu, in die Luft einen Schreißschuß abgegeben zu haben, da einer der Soldaten weglaufen sei, ein anderer Jäger erklärte, er habe noch Jägerart das Gewehr im Arm, die Mündung nach unten getragen und dasselbe nicht benutzt. Das Gericht verurteilte Ehler zu zwei Monaten Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe (Geldstrafe in Mark, weil Ehler sich gegen die Ordnungen der F. G. J. L. A. vergangen). Dörz zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Francs Geldstrafe (Geldstrafe in Francs, weil es sich hier um ein Vergehen handelt, das nach dem französischen Strafbuch zu ahnden war), Eulen zu einem Monat Gefängnis und 100 Francs Geldstrafe; der Bürgermeister erhielt einen Freispruch. Sämtlichen Angeklagten wurde Strafausschub gewährt.

Noch einmal der schwarze Schwindler. Durch die Notiz in hiesigen Tagesblättern, die besagte, daß in Hannover der 24-jährige Damschneider und Filmschauspieler Wilhelm v. Munne aus Tula in Kamerun, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wiesbaden, Weiler 22, wegen großer Scherenschwindelen festgenommen worden sei, wurde die hiesige Staatsanwaltschaft auf den Damschneider aufmerksam, da derselbe wegen gefährlicher Körperverletzung hier angezeigt worden war. Der Kameruner kam hier vor das Dreimännergericht. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde. In der Nacht vom 24. zum 25. April d. J. lernte am hiesigen Hauptbahnhof Munne eine Schauspielerin und eine Verkäuferin aus Frankfurt kennen und erbot sich den Damen, die Nachtquartier suchten, solches zu besorgen. Er nahm sie mit in den „Heidelberger Hof“, erhielt ein Zimmer für dieselben, wurde aber abdringlich. Der Wirt, Heinrich Ahrens, nahm Partei für die Damen und schickte M. auf sein Zimmer. Als aber alles ruhig im Hause war, pirschte der schwarze Schwindler die Gänge entlang, wurde aber von dem aufmerksamen Wirt abgefaßt und aus dem Hotel verwiesen. In dem Moment schlug M. mit einem Stock dem Wirt über den Kopf, sprang auf ihn und biß mit aller Gewalt ihm in den Nacken, sodas eine Operation erfolgen mußte. Die Schönen schickten den Wirt wegen vorfälliger Körperlicher Mißhandlung sechs Monate ins Gefängnis. Im Laufe der Verhandlung wurde durch Zeugen festgestellt, daß M. früher bereits einem hiesigen Auktionator in den Finger gebissen hat und seiner Braut in die Brust. Der Wirt hat außerdem auf dem Heimwege den Damschneider und Filmschauspieler auf Schandenerfah von 5000 M. verklagt.

Sport und Spiel.

Die Ringspiele des gestrigen Sonntags.

In der Abteilung 1 des Kreises Rheinhessen trafen gestern so ziemlich die erwarteten Resultate ein und wurden die Tore und Siege wie nachfolgend erzielt: Der Sportverein Wiesbaden begünstigte sich gegen den Paganenring, den Sportverein Griesheim mit 3 Toren, denen die Griesheimer keines entgegengeben konnten. — In Unterliederbach erfuhr der dortige Fußballklub 1912 auf seinem eigenen Platz die erste Niederlage in den diesjährigen Verbandsspielen, indem es der Germania Wiesbaden gelang, nach hartem, wechselvollem Kampf dem Gegner zwei Tore ins Netz zu senden, was schon kurz vor Halbzeit geschah. — In Niederbach ging der Kampf um den dritten Tabellenplatz zwischen Dieblich 02 und der Turn- und Sportgemeinde Höchst 1917. Höchst hatte gestern einen besseren Vormarsch mitgebracht, welcher seine Arbeit zur besten Zufriedenheit löste. Nach wechselvollem Kampf sah man bei Halbzeit mit 1:0 Dieblich in Führung, dem die Höchstler 20 Minuten vor Schluss den Ausgleich entgegen setzten, und sich somit ihre Stelle hielten und einen Punkt mit nach Hause nahmen. — In Griesheim errang die Alemannia gegen den Fußballklub Weissenheim 4:2.

In der Abteilung 2 trafen sich in härtester Aufstellung Kassel und Mainz in Kassel gegeneinander vor ca. 4000 Zuschauern. 20 Minuten vor Schluss gelang es Kassel, unter dem Jubel seiner Anhänger im Anschluß an eine Ecke das einzige Tor des Tages zu schießen, und damit Sieg, Punkte und die klare Führung in der Abteilung 2 zu erringen.

Radsport. Hauptantrag des Gaul 5 des Bundes deutscher Radsportler. Sonntag, 11. Dezember, findet in Frankfurt im Saale des „Karlshaus“, Seilerstraße 30, der Herbstantrag des Bundes deutscher Radsportler statt. Die Sitzung beginnt vormittags 9 Uhr. Die Tagesordnung umfaßt: Bericht des Vorstandes, Bericht über den letzten Bundestag, Bericht der Revisionsprüfung, Entlassung und Neuwahl des Vorstandes, Beratung geheimer Anträge, Wahl des Ortes für den Frühjahrsgaule und Verchiedenes. Anträge zum Gaule müssen schriftlich bis zum 4. Dezember dem ersten Gauvorsitzenden Heinrich Altes, Mohrstraße 19, Frankfurt a. M., mit Begründung eingereicht werden.

Der Athletiksportklub „Athena“ Wiesbaden hatte am 27. Nov. seine Jahreshauptversammlung im Vereinslokal „Redere Kaffeehaus“, Weilerstraße 30, der Klub konnte auf ein erfolgreiches Jahr in sportlicher wie finanzieller Beziehung zurückblicken. Der Bestand der Mitglieder hat sich im verfloffenen Vereinsjahr bedeutend gehoben. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Wilhelm Holland, zweiter Vorsitzender Wilhelm Rudolf, erster Kassierer Wilhelm Dauter, zweiter Kassierer und Einlasser E. Uhrig, zweiter Schriftführer Karl Schmidt, erster Instruktor Hans Belte, erster Reingewalt Kurt Red, zweiter Instruktor Ed. Gräb jr., erster Ringwart Wilhelm Gräb, zweiter Ringwart Alfons Hofmann, Bahnenträger E. Uhrig, Bahnbegleiter Ad. Pabst und Heinrich Gerhard, Muttervereinsführer Emil Gemmer, Kassenschriftführer Emil Gemmer und Wilhelm Decker, Revisor Adolf Pabst und Philipp Geh. Die Wahl des ersten Schriftführers wurde bis zur nächsten Monatsversammlung zurückgestellt. Der neue Vorstand dankte dem alten für die im verfloffenen Jahr geleistete große Mühe und Arbeit und versprach, im Interesse des Klubs seine beste Kraft einzusetzen.

Schwimmklub Wiesbaden 1911. Trocken schwimmunterricht für Dezember: Montag, 5., 8., 12. und 19. Dezember, abends 6 Uhr Schwimmunterricht für Knaben, abends 7 Uhr für Mädchen, 1. Schwimmstraße, Westendstraße, 2. Dohheimer Straße, 3. Karkstraße, Luxemburgplatz, Kaiser Friedrich-Ring, Bahnhof, Rainer Straße, abends 8 Uhr für Damen: Freitag, 9. und 16. Dezember abends 6 Uhr staatliche Gymnastik, abends 7 Uhr Niederbergstraße, Freitag, 23. Dezember, abends 7 Uhr Niederbergstraße, Freitag, 30. Dezember, abends Wiederholung für alle Schulen. Kinder, die den Trockenunterricht beenden haben, haben keinen Zutritt mehr um 6 und 7 Uhr, sondern nur von 8 bis 9 Uhr, sofern sie Mitglieder des Schwimmklubs Wiesbaden sind. — Lehrer und Eltern sind willkommen. Mädchen aus den oben erwähnten Straßen werden von den Schwimmlehrern geschlossen nach Hause geführt.

Neuer Rekord im Schwimmsport. Bei dem Nationalen Wettschwimmen, das der Spanbauer Schwimmklub von 1904 am

Samstag und Sonntag veranstaltete, fand die Begegnung der beiden Kurzkreisläufer von Schweden und Deutschland, Tolle (Stockholm) und Heinrich (Weiz) im Vordergrund des Interesses. Der deutsche Reiter kam in der kurzen Strecke über 100 Meter den Schweden nicht zu passieren. Tolle beendete die 100 Meter in der deutschen Höchstzeit von 1 Minute 42 Sekunden. Auch Heinrich unterbot mit seiner Leistung von 1 Minute 44 Sekunden die deutsche Rekordzeit.

Im Schachwettkampf Wiesbaden-Frankfurt, der am gestrigen Sonntag in Frankfurt im kleinen Festsaal des „Frankfurter Hofes“ stattfand, konnte sich der Frankfurter Schachverein „Adressen“ 14½ Punkte sichern, während der Wiesbadener Schachverein nur 4½ Punkte errang. Die Chancen lagen für Frankfurt wesentlich günstiger, als es am eigenen Platz seine stärksten Spieler ins Treffen schickte konnte, während Wiesbaden auf die Mitwirkung verschiebener guter Spieler verzichten mußte. Doch Wiesbaden über ziemlich ebenbürtige Kräfte verfügt, zeigte sich wieder am ersten Brett, wo Herr Gott-Wiesbaden der Frankfurter Altmeister, Prof. Mannheimer, schlug. Außerdem gewannen von Wiesbaden noch die Herren Dr. Hedderlen und Rohr, während die Herren Günz, Kühnrich und Bander remis erzielten. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Vereinen wurden durch das Wettspiel neu belebt und dürften zu noch manchen gemeinsamen schachlichen Veranstaltungen im Laufe der nächsten Zeit führen.

Sportliteratur. Ein neues kleines Werkchen: „Körperkultur und Selbstverteidigung“ von Polizei-Leutnant Stephan von der berittenen Polizei-Abteilung Berlin (Verlag von Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., Preis 5 M.), bringt in übersichtlicher und für jeden Laien leichtverständlicher Form eine Zusammenfassung wichtiger und leicht zu erlernender Griffe der Jiu-Jitsu-Verteidigungsmethode. Ihre Beschreibung, unterteilt durch eine Reihe klar angeführter Demonstrationenbilder, ist so klar und genau ins Einzelne gehend, daß die Schrift als Lehrbuch für Polizei- und Gefängnisbeamte geradezu unentbehrlich erscheint. Darüber hinaus verdient sie aber weitest Verbreitung nicht nur durch die Punkte, die zur Verteidigung der Person gegeben werden, sondern auch durch eine vorzügliche, sehr durchgezeichnete, sondern auch durch die Freiübungen zur Kräftigung des Körpers. In diesem Zusammenfassen alles dessen, was für jeden deutschen Mann gerade jetzt so außerordentlich wichtig ist, besteht der größte Wert der Schrift, die sich schnell Freunde erwerben wird. Als Schlüssel dient eine kurze Beschreibung der Selbstverteidigung und eine Vorführung über „Erste Hilfe und Wiederbelebung“. Der Aufbau des Werkes ist vorbildlich, die einzelnen Teile klar durchsichtig und leicht verständlich gefasert.

Handel und Industrie.

Berliner Börse.

Berlin, 3. Dezember.	Devisenmarkt		Telegraphische Anzeigen vom 3. Dez. 1921	
	2. Dez. 1921	3. Dez. 1921	2. Dez. 1921	3. Dez. 1921
Holland	7242.75	7257.25	7817.15	7832.85
Frankfurt	1448.55	1451.45	1543.45	1546.55
Paris	2907.05	2912.95	3136.55	3143.15
Genève	3706.20	3803.80	4020.55	4029.65
Schweiz	4870.10	4879.90	5104.55	5115.15
Belgien	358.60	369.40	384.65	395.45
Italien	889.10	890.90	944.65	945.95
London	824.75	825.85	871.60	871.40
New-York	203.75	204.21	217.63	217.97
Buenos Aires	1538.45	1541.55	1633.35	1636.45
Schweiz	4095.90	4104.10	4295.70	4304.30
Spanien	2987. —	2993. —	3106.65	3113.15
Oesterreich-Ungarn	6.73	6.77	7.58	7.71
Wien (Deutsch-Oester.)	214.75	215.75	243.75	244.75
Prag	29.97	30.03	31.46	31.51
Budapest	66.40	66.60	70.15	70.31

Devisenmarkt stetig schwach; der Dollar nach Steigerung bis 298 wieder rückgängig.

Berliner Produktienbericht vom 3. Dezember. Nach wie vor hängt am Produktienmarkt alles von den Schwankungen der Devisenpreise ab. Als vormittags der Dollarkurs auf 240 gestiegen war, zeigte sich in den meisten Artikeln starke Nachfrage bei weitestgehendem Gebot, denen gegenüber die Abgeber aber Zurückhaltung beobachteten. Als mittags bei starken Schwankungen die Devisenpreise heruntergingen, verschwand die Kaufkraft und auch das Gebot ging merklich zurück.

Aus Bädern und Kurorten.

St. Bienen (Bad. Schwarzwald). Die Besuchsziffer seit 1. Januar d. J. beträgt 8203 (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 6719), darunter 3598 Durchreisende.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bilge Strohenbahn. Nachdem das Publikum am 1. Oktober mit dem Fahrplan auf 1. A überreicht wurde, hat sich die „Zubehörende“ gewannen gegeben. Ihren Tarif abermals zu erhöhen. Die Strecke, die bisher 1. A kostete, ist jetzt mit 1.50 M. zu bezahlen. Allerdings ist der Fahrplan auf 1.50 M. nicht der billigste, es gibt auch noch eine auf 1.25 M. Diese gelten für 2 Teilschienen, also auch noch vom Hauptbahnhof bis Kobernau oder von der Immenlohstraße bis zum Sedanplatz. Es ist aber noch möglich, gegenüber der 1.10 M. die Bahn zu benutzen. Bis auf weiteres werden im Warenhaus 3. Vormaß los. Klein-Straße-Verkauf mit billigen Fahrplänen ausgeben. Die Karte enthalten 10 Fahrpläne zu 1.25 M. und werden für 11 M. verkauft. Die einzelne Karte kostet also nicht 1.25 M., sondern nur 1.10 M. Die Karte selbst werden genau wie die beim Schaffner erhältlichen benutzt. Sie gelten auf allen Linien auch am Sonn- und Feiertagen. Und sie gelten sehr bequem verwendbar. Jedermann kann sich bei der Verkaufsstelle bei Vormaß Straße-Verkauf für 11 M. holen.

Briefkasten und Rechtsauskunft.

Langenschwalbach. Der Holzsturm ist dadurch aus Mäßen in vertreiben, daß man Petroleum in die Bäume bringt. Auch mit Eingießen von Benzin wird guter Erfolg erzielt. Beim Petroleum ist der längere Zeit dem Holz anhaftende Geruch in Betracht zu ziehen. Auf die große Feuergefahrlichkeit beider Vertreibungsarten braucht wohl nicht besonders aufmerksam gemacht zu werden.

Gewerkschaften: Georg Lorenz.

Gewerkschaften für Politik und Rechtswesen: Georg Lorenz; für den Abzug rechtskräftigen Teil: Hans Grosse. Für den Interessenten und geschäftliche Mitteilungen: Joh. Schuler. Sämtlich in Wiesbaden, Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H.



Galewsky-Liköre

Spezialität:

Breslauer Dom

L. Galewsky & Co. Breslau - Berlin - Danzig. Gegr. 1844

Vertretung für Wiesbaden: Carl Eggers, Wiesbaden, Kaiser Friedrich-Ring 84.



